

Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier

Umkämpfte Transformation der ländlichen Naturverhältnisse

Hendrik Sander

In Deutschland steht die Braunkohleindustrie im Fokus der Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der Klimakrise. Während Klima-Aktivist*innen und regionale Kohlegegner*innen in den Revieren für ein schnelles Ende der Kohle streiten, wollen Beschäftigte, ihre Gewerkschaft IG BCE, viele Lokalpolitiker*innen und Kohlekonzerne wie RWE und EPH möglichst lange daran festhalten. Diese Konflikte verdichteten sich in den Verhandlungen der sogenannten Kohlekommission und dem am 3. Juli 2020 verabschiedeten Kohleausstiegsgesetz, das einen Kompromiss formulieren und den Kohlekonflikt befrieden sollte. Das Gesetz sieht vor, dass die Braunkohleindustrie noch bis 2038 weiterbetrieben werden darf, in der Zwischenzeit aber die Kraftwerksblöcke sukzessive stillgelegt werden (Deutscher Bundestag 2020a). Ebenfalls im Juli 2020 verabschiedete der Bundestag das Strukturstärkungsgesetz, das den Strukturwandel in den betroffenen Regionen hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen soll. Dafür will die Bundesregierung von 2020 bis 2038 insgesamt 40 Milliarden Euro zur Verfügung stellen¹. An den Aus-

-
- 1 Die Mittel werden auf zwei Wegen vergeben: Erstens fließen 14 Milliarden Euro über den sogenannten Länderarm direkt an die Braunkohleländer, die die Gelder selbst vergeben können. Förderberechtigt sind in erster Linie Kommunen in den definierten Regionen. Zweitens vergibt der Bund die 26 Milliarden Euro des Bundesarms in eigener Regie. Inhaltlich richtet sich der Fokus des Gesetzes auf den Ausbau und die Ertüchtigung von verschiedenen Infrastrukturen, weswegen es bisweilen als Infrastruktur-Stärkungsgesetz beschrieben wird. Der Schwerpunkt der förderfähigen Bereiche liegt auf dem Ausbau von Straßen und Schienenwegen; digitalen und touristischen Infrastrukturen; auf Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung; sowie auf der Bereit-

einandersetzungen um Kohleausstieg und Strukturwandel in den ländlich geprägten Braunkohleregionen² in Deutschland zeigt sich, vor welchen Herausforderungen die traditionellen Bergbau- und Industrieregionen (vor allem im Osten) stehen, wie der Übergang zu einem grünen Kapitalismus konkret aussehen könnte und welche Beharrungskräfte dem Wandel gegenüberstehen. Es wird deutlich, welche Akteur*innen mittels welcher institutioneller Arrangements die Transitionsprozesse dominieren, welche Akteur*innen davon ausgeschlossen sind und welche praktischen Projekte des Strukturwandels sich dabei durchsetzen. Das soll am Beispiel der Mitteldeutschen Braunkohleregion illustriert werden, zu denen der Autor zusammen mit Kolleg*innen im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie erstellt hat (Sander u.a. 2021).³ Die Mitteldeutsche Braunkohleregion erstreckt sich vom Süden Sachsen-Anhalts bis in den Westen Sachsens und berührt am Rande auch Thüringen. Da sich der Fokus der Studie auf die sachsen-anhaltische Seite der Region richtete, soll auch der Schwerpunkt der folgenden Ausführungen auf dieser Teilregion liegen, die allerdings durch Hinweise zu den benachbarten Landkreisen ergänzt werden.

Für das Forschungsprojekt, auf dem die Ausführungen dieses Beitrags basieren, haben die drei Forscher*innen zahlreiche Studien und Positionspapiere rezipiert und mehrere Exkursionen in die Region durchgeführt. Vor allem haben sie insgesamt 28 leitfadengestützte Expert*inneninterviews geführt. Die Gespräche haben die Akteur*innenvielfalt in der Region abgedeckt. So kamen die Gesprächspartner*innen aus der Landes-, Regional- und Lokalpolitik, von regionalen Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Betriebsräten, aus der kulturellen und sozialen Arbeit im Revier sowie von Bürger-

stellung von Gewerbeflächen. Ferner will der Bund mehrere Bundesbehörden in den Regionen ansiedeln und sogenannte Reallabore der Energiewende entwickeln. Ergänzend können auch Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, energetische Gebäudesanierungen und Maßnahmen des Umwelt- und Lärmschutzes gefördert werden (Deutscher Bundestag 2020b).

- 2 Im Folgenden wird von »Braunkohlerevier« gesprochen, wenn von der Teilregion die Rede ist, in der sich unmittelbar Tagebaue, Kraftwerke und Anrainergemeinden konzentrieren. Der Begriff »Braunkohleregion« bezieht sich hingegen auf die weiter gefasste Region, die sowohl politisch definiert ist als auch soziale und ökonomische Austauschbeziehungen aufweist.
- 3 Für die Lausitz und das Rheinland hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ebenfalls Studien herausgegeben. An der Letzteren war der Autor dieses Beitrags beteiligt (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019; Sander u.a. 2020).

initiativen, politischen Basisgruppen und NGOs. Die Interviews wurden mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Die im Folgenden präsentierten Zusammenhänge und Befunde basieren im Wesentlichen auf den Interviews und der Dokumentenanalyse, ohne dass dies im Einzelnen immer kenntlich gemacht wird.

Zunächst wird in die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeführt, mit deren Hilfe die umkämpfte Transformation zu einem grünen Kapitalismus in den Braunkohleregionen verstanden werden kann (Abschnitt 2). Darauf aufbauend werden die spezifischen Naturverhältnisse in der Mitteldeutschen Region skizziert, die stark von Bergbau und chemischer Industrie geprägt sind (Abschnitt 3). Im Anschluss wird die widersprüchliche Strukturwandelpolitik vorgestellt, die die regionalen Naturverhältnisse einer ökologischen Modernisierung unterzieht (Abschnitt 4). Dafür wird zum einen die dominierende Konstellation gesellschaftlicher und staatlicher Akteur*innen beleuchtet, die neue regionale Governance-Strukturen geschaffen hat, die allerdings erhebliche Demokratiedefizite aufweisen (Abschnitt 4.1). Zum anderen werden zentrale Strukturwandelprojekte benannt und der Wandel der regionalen Leitbranchen umrissen, um die politische Ökonomie und praktische Gestalt der Transition deutlich zu machen (Abschnitt 4.2). Zusammenfassende und weiterführende Überlegungen werden im abschließenden Ausblick formuliert.

1. Theoretischer Rahmen: Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Die Auseinandersetzungen um Kohleausstieg und Strukturwandel in den betroffenen Regionen lassen sich mit der Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse verstehen (Görg 2003). Der auf der Kritischen Theorie basierende Ansatz geht davon aus, dass die Naturaneignung, also der Stoffwechselprozess zwischen Menschen und Natur, im Kapitalismus die Form einer Naturbeherrschung annimmt, die die Umwelt vollständig gesellschaftlichen Zwecken unterwirft. Die Natur wird ausgebeutet und umgewandelt, um Profit zu generieren und Kapital zu akkumulieren. Diese Unterwerfung abstrahiert von der relativen Eigenständigkeit der Natur, deren »Nichtidentität« sich nicht zuletzt im Scheitern der Naturbeherrschung und in ökologischen Krisen zeigt.

Allerdings ist die konkrete Form der Naturaneignung im Kapitalismus umstritten beziehungsweise Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen. Ver-

schiedene Akteur*innen ringen darum, unterschiedliche Varianten der »Regulation der Naturverhältnisse« durchzusetzen. Diese Varianten entsprechen nicht nur spezifischen Interessen und Strategien einzelner Kapitalfraktionen, sondern auch den Präferenzen von Fraktionen und Milieus der lohnabhängigen Klassen. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft manifestieren sich diese Auseinandersetzungen um die Naturverhältnisse in konkurrierenden Diskursen und Akteur*innenstrategien, die sich schließlich in staatlichen Apparaten und Politiken verdichten (ebd.).

Dabei versuchen die herrschenden Akteur*innen nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse zu dominieren, sondern auch den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur zu kontrollieren – und andere Akteur*innen von dieser Gestaltung auszuschließen beziehungsweise den eigenen Strategien zu unterwerfen (Robbins 2012). Das Ergebnis sind grundlegende ökologische Ungerechtigkeiten, die in der Regel mit anderen Formen sozialer Ungleichheit und Diskriminierung korrespondieren (Anguelowski 2016).

Im Anschluss an die Regulationstheorie wird argumentiert, dass sich auf diese Weise in Gesellschaften und historischen Phasen jeweils hegemoniale Formen der Regulation der Naturverhältnisse herauskristallisieren. So waren die fordistischen Naturverhältnisse in den frühindustrialisierten Ländern von einer konventionellen, fossilistischen beziehungsweise »grauen« Form der Naturbeherrschung bestimmt. Im Postfordismus begannen sich ergänzend dazu, Elemente einer reflexiven beziehungsweise ökologisch modernisierten Form der Naturbeherrschung durchzusetzen. Diese Strategien eines »grünen« Kapitalismus stellen eine systemimmanente Antwort auf die zunehmenden ökologischen Krisen dar, ohne die kapitalistische Naturbeherrschung grundlegend infragezustellen. Vielmehr nutzen sie den Umbau in Richtung einer klimaneutralen Wirtschaftsweise, um neue Geschäftsfelder und Wachstumsmärkte zu erschließen. Neben einer Produktions- und Lebensweise, die auf fossilen Brennstoffen (einschließlich Uran), Schwerindustrien, industrieller Landwirtschaft und Verbrennungsmotoren basiert, gewinnen also neue Ansätze an Gewicht, die auf erneuerbare Energien, Wasserstofftechnologie, Bioökonomie und Elektroautos setzen (Sander 2016).

Die Auseinandersetzungen um die Regulation der Naturverhältnisse manifestieren sich in konkreten Räumen und nehmen in verschiedenen Regionen unterschiedliche Formen an. Die Umgestaltung und Ausbeutung der Natur und die (Re-)Konstruktion der »gebauten Umwelt« an konkreten Orten sind wesentliches Medium und zugleich Effekt der spezifischen Naturverhältnisse. Konfligierende Akteur*innne versuchen, ihre Strategien in der Gestal-

tung der Naturverhältnisse auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen (Scales) durchzusetzen, und koproduzieren dabei zugleich diese Ebenen. Im Ergebnis bilden sich in einzelnen Regionen ganz spezifische regionale Naturverhältnisse heraus, die sich stark von anderen Regionen unterscheiden können (Wissen 2011).

Aus der vorgestellten theoretischen Perspektive wird verständlich, wie die physisch-materiellen und sozialen Strukturen in der Mitteldeutschen Region wesentlich durch spezifische fossilistische Naturverhältnisse geprägt wurden. Diese werden nun von außen wie von innen durch neue grün-kapitalistische Strategien des Strukturwandels herausgefordert, die allerdings an die ökonomischen Strukturen und Machtverhältnisse in der Region anknüpfen, um diese zu modernisieren. Dominierende Akteur*innen tragen wesentlich zur Entstehung einer neuen Governance-Struktur bei und können ihre Interessen in die Strukturwandel-Projekte einschreiben. Aber es zeigt sich auch, welche Widersprüche die dominante Strukturwandelpolitik erzeugt.

2. Fossilistische Naturverhältnisse in der Mitteldeutschen Region

In der Mitteldeutschen Braunkohleregion haben sich historisch spezifische Naturverhältnisse herausgebildet, die von der Ausbeutung fossiler Rohstoffe geprägt sind. Sie wurden nicht nur von den ansässigen Konzernen und von verschiedenen staatlichen Regimen (v.a. NS-Diktatur; DDR) vorangetrieben, sondern sie haben auch Klassen- und Milieustrukturen mit eigenen ökonomischen Abhängigkeiten hervorgebracht. Ferner haben sie vom Bergbau geprägte Subjektivitäten und Identitäten geschaffen, die mit speziellen (patriarchalen) Formen der Körperlichkeit, des Arbeitsethos und der Geschlechterverhältnisse verbunden sind. Nicht zuletzt haben die fossilistischen Naturverhältnisse die materiellen Landschaften und Naturräume tiefgreifend umgestaltet und zerstört. Daraus ist eine mächtige Akteur*innenkonstellation entstanden, die über die wechselnden politischen Regierungsformen hinweg erfolgreich die Vormachtstellung von energieintensiver und Braunkohleindustrie sowie ihre damit verbundenen Interessen verteidigt hat.

So ist die Region seit Beginn des 19. Jahrhunderts stark vom Bergbau geprägt. Dieser brachte den regionalen Gesellschaften einen wirtschaftlichen Aufschwung, führte aber auch zu zahlreichen Zwangsumsiedlungen und ökologischen Zerstörungen. Er hat die regionale Bevölkerung in Profiteure und Leidtragende geteilt. Oft waren die Umgesiedelten allerdings auch selbst in

der Kohleindustrie beschäftigt. Während der NS-Zeit weitete das faschistische Regime die Kohleförderung aus und gewann in enger Zusammenarbeit mit der IG Farben aus der Braunkohle Substitute für Erdöl und Kautschuk, die für seinen Vernichtungskrieg unerlässlich waren. Unter anderen politischen Vorzeichen knüpfte die DDR-Regierung daran an und machte die Kohleindustrie zu einer wesentlichen energetischen Basis ihres autoritären Sozialismus. Nach der Wende zerschlug die Treuhand jedoch die Volkseigenen Betriebe und trieb den Großteil der Industriearbeiter*innen in die Arbeitslosigkeit. Dieser Strukturbruch prägte die Region über die Wende hinaus (Hofmann 1995).

Heute befindet sich in beiden betroffenen Bundesländern noch je ein Tagebau und ein Kraftwerk. Laut Ausstiegsgesetz muss das sachsen-anhaltische Kraftwerk Schkopau bis 2034 und der sächsische Meiler Lippendorf bis 2025 abgeschaltet werden (Deutscher Bundestag 2020a, Anlage 2). Vor einigen Jahren hat der tschechische Finanzkonzern EPH begonnen, sich in die regionale Kohleindustrie einzukaufen, und kontrolliert sie inzwischen weitgehend. Der Investor hat die fossilistischen Assets vor allem erworben, um durch Abschöpfung und Verschiebung von Finanzmitteln und Rückstellungen kurzfristige Gewinne zu erzielen (Greenpeace 2016; 2018).

Die Kohleproduktion ist traditionell eng mit der ansässigen Industrie verflochten. Ihre ökonomische Bedeutung erklärt sich vor allem durch die energieintensive Industrie, die in der Region stark vertreten ist und vom preiswerten und sicheren Kohlestrom profitiert. Das industrielle Profil der Region ist von einer starken (petro-)chemischen Industrie und der Nahrungs-, Fleisch- und Futtermittelproduktion geprägt. Hinzu kommen Metall- und andere Grundstoffindustrien sowie der Maschinenbau. Auf der sächsischen Seite spielen auch die Logistik- und Autobranche eine wichtige Rolle. Allerdings sind in der Mitteldeutschen Region kaum Konzernzentralen angesiedelt, sondern nur nachgelagerte Produktionsstandorte und kleine Zulieferunternehmen. Ferner ist die Region jenseits der industriellen Zentren um das Kernrevier vom Dienstleistungssektor bestimmt (Coalexit 2019; IAB 2019).

Trotzdem erfährt die Kohlewirtschaft im Revier nach wie vor viel Unterstützung, weil dort noch mehrere tausend Bergleute arbeiten, die von guten Tariflöhnen und den Errungenschaften der Montanmitbestimmung profitieren. Ferner hat die Kohleindustrie indirekte Beschäftigungseffekte durch die Konsumausgaben der Beschäftigten und die Nachfrage der Kohleunternehmen (aus der Perspektive der Braunkohlewirtschaft: DEBRIV 2018). Nicht zuletzt erzeugt die Kohle immer noch eine positive Identität in einer regionalen

Gesellschaft, die seit der Wende von Prekarisierung und Unsicherheit betroffen ist. So sind viele Menschen nach der Wende abgewandert, die Gebliebenen haben oft düstere Zukunftserwartungen. Sowohl die AfD als auch die »klassische« Neonazi-Szene ist insbesondere auf der sachsen-anhaltischen Seite stark (Begrich 2019). Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die für eine progressive Politik stehen, sind hingegen schwach aufgestellt und durch Einzelpersonen und wenige Projekte geprägt. Auf der sächsischen Seite ist zuletzt eine zaghafte Graswurzelvernetzung um die Frage des Strukturwandels entstanden.

Nach der Wende wurden also die »grauen« fossilistischen Naturverhältnisse in der Region durch die neoliberale Kahlschlagspolitik herausgefordert. Die vom Bergbau abhängige Bevölkerung wurde nachhaltig verunsichert und zugleich die Kohleindustrie finanzialisiert (z.B. EPH). Die vorherrschende konventionelle Form der Naturbeherrschung wurde auf diese Weise aber nur modifiziert und nicht grundlegend verändert.

3. Politik des Strukturwandels: grüne Transformation der Region

Durch die bundespolitischen Beschlüsse zum langfristigen Kohleausstieg und zum Strukturwandel ist diese ohnehin prekäre regionale Konstellation nun mit einem ernsthaften Veränderungsdruck konfrontiert. Ein modernisiertes Akteur*innennetzwerk aus etablierten Unternehmen und neuen Akteur*innen setzt auf eine grün-kapitalistische Transition der Bergbauregion, die grundlegende Machtverhältnisse fortschreibt und neue Widersprüche schafft.

3.1 Politics of Scale und neue Governance-Strukturen

Der dominierende Ansatz, nach dem die Naturverhältnisse in der Mitteldeutschen Region umgestaltet werden, zeigt sich in den politischen Strukturen und Prozessen, die den Strukturwandel steuern. Zwar hat die Bundesregierung die wesentlichen Rahmenbedingungen festgelegt. Die Ausgestaltung und Umsetzung findet jedoch auf lokaler, regionaler und Landesebene statt. Das konnte auf Basis der durchgeführten Interviews rekonstruiert werden (für die folgenden Ausführungen: Sander u.a. 2021).

So haben die einflussreichen gesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen (s.u.) auf den verschiedenen Ebenen Gremien und Vernetzungen

gegründet, aus denen eine komplexe Governance-Struktur entstanden ist. Dabei ringen die Akteur*innen darum, auf welchen Scales die wesentlichen Entscheidungen über Gelder und Projekte getroffen werden. Durch diese Politics of Scale zielen die zentralen Akteur*innen darauf, die Transformation der regionalen Naturverhältnisse in Richtung einer spezifischen grün-kapitalistischen Wirtschaftsweise zu kontrollieren und darin ihre Interessen und Strategien zu verwirklichen.

In Sachsen und Sachsen-Anhalt bestimmt jeweils die Landesregierung, wie der Strukturwandel in »ihren« Revieren konkret gestaltet sein soll. In Sachsen-Anhalt liegt die Federführung bei der Staatskanzlei. Sie hat eine neu geschaffene Stabsstelle damit beauftragt, ihre politischen Leitlinien für den Strukturwandel umzusetzen (Landesportal Sachsen-Anhalt 2022). Mithilfe der Stabsstelle hat sie sich ein eigenes Netzwerk aus Arbeitsgruppen und Kontakten in der Region geschaffen, über das sie Einfluss auf die politische Entwicklung vor Ort nimmt.

Der vom Land gesteuerte Prozess weist allerdings starke Doppelungen mit eigenständigen regionalen Strukturen auf: So hat sich in der Mitteldeutschen Region ein regionales Akteur*innennetzwerk bereits vor Jahren eine neuartige regionale Plattform geschaffen: Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland (Tobaben o.J.). Sie bildet eine neue intermediäre, länderübergreifende Ebene zwischen Landkreisen und Bundesländern. Der wichtigste Arm dieser Institution ist die 2016 gegründete »Innovationsregion Mitteldeutschland« (Tobaben/Wölpert o.J.). Sie kümmert sich um Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit, erstellt Leitbilder für ihre Region und vergibt eigene Fördergelder. Die Besetzung der zentralen Gremien – des »Ständigen Ausschusses« und des »Regionalen Empfehlungsgremiums« (REG) – zeigt deutlich, wer die Ausrichtung der Plattform bestimmt. Dies sind neben insgesamt neun Landkreisen und kreisfreien Städten aus den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen⁴ sowie regionalen Planungsverbänden vor allem die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern aus der Region. Ferner haben die größten fossilistischen Konzerne aus dem Kohle- und Industrierevier einen eigenen Sitz im REG: EPH (über die MIBRAG), TOTAL und DOW.

Regionale Wissenschaftsakteur*innen, die zur Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft beitragen können, werden eng in

4 Burgenlandkreis, Stadt Leipzig, Stadt Halle, Saalekreis sowie die Landkreise Nordsachsen, Mansfeld-Südharz, Leipzig, Altenburger Land und Anhalt-Bitterfeld.

die Entwicklung von Leitbildern und Projekten einbezogen. So sitzt im REG beispielsweise auch die Univations GmbH (Worch o.J.), ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Beratungsunternehmen für Start-Ups. Zwar sind auch DGB und IG BCE formal im REG vertreten. Die Gewerkschaften haben aber nur einen geringen Einfluss in der Plattform. Umwelt- und Sozialverbände sowie Bürgerinitiativen spielen ohnehin keine Rolle in den Gremien. Entsprechend kritisch fiel die Beurteilung der Innovationsregion durch die Interviewpartner*innen von Gewerkschaften, NGOs und Graswurzelinitiativen aus. Die Zusammensetzung des skizzierten Netzwerks weist bereits darauf hin, dass es in der Region keinen harten Bruch der Macht- und Naturverhältnisse geben wird, sondern dass die bisherigen regionalen Eliten und Unternehmen wesentlich an der Modernisierung der Naturverhältnisse beteiligt sind.

Bemerkenswert ist an der Innovationsregion, dass sie sich weit über das verbliebene Kernrevier hinaus erstreckt. Die für den oben genannten Landesarm antragsberechtigten Landkreise und kreisfreien Städte decken sich weitgehend mit den Mitgliedern der Innovationsregion. So ist ihre Gründung und Abgrenzung nicht Ausdruck einer inhaltlichen Abwägung, sondern Ergebnis von konflikthafter Aushandlung um Zugehörigkeit und Ressourcen, von Politics of Scale. Um an die Strukturwandelgelder zu kommen, haben verschiedene Gebietskörperschaften das Konstrukt einer »Mitteldeutschen Braunkohleregion« geschaffen, ohne dass sich diese mit der historisch gewachsenen Bergbauregion decken würde. Diese räumlichen politischen Strategien zielen also nicht in erster Linie auf eine soziale Absicherung und praktische Umgestaltung des traditionellen Kohlereviers, sondern eher auf eine partielle ökonomische Aufwertung einer diskursiv neu konstruierten Region.

So kommt es, dass nicht das am stärksten betroffene eigentliche Kernrevier im Burgenlandkreis und im Leipziger Land in erster Linie von den Fördermitteln profitiert. Vielmehr haben personal- und ressourcenstarke Kommunen in der Region – vor allem die größeren Städte – frühzeitig Projekte entwickelt und sich Strukturwandelmittel gesichert. Die geschaffenen Governance-Strukturen bieten »Beutegemeinschaften« aus einflussreichen Akteur*innen – wie es eine Interviewpartnerin formulierte – die Möglichkeit, sich erhebliche Anteile der Strukturwandelgelder für »ihre« Projekte zu sichern. Kleinen Kommunen, gerade im Kernrevier, fehlen dagegen oft die Möglichkeiten dazu. Mehrere Kommunalpolitiker*innen aus dem Revier

kritisierten in den Interviews, dass sie in den offiziellen Prozessen kaum vorkommen.⁵

Zwar sind die in der Innovationsregion vertretenen Bürgermeister*innen und Landrät*innen durch Wahlen demokratisch legitimiert, dennoch weist das komplexe und teils intransparente Geflecht von Gremien und Netzwerkstrukturen, das den Strukturwandel gestaltet, ein deutliches Demokratiedefizit auf, zumal Entscheidungen kaum noch zurechenbar und durch die Bürger*innen nur schwer zu kontrollieren sind. Denn jenseits der formalen Legitimation gibt es fast keine Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteur*innen (wie NGOs, Bürger*inneninitiativen, soziale und kulturelle Träger*innen u.ä.) und die nicht politisch organisierten Bürger*innen, ihre Vorstellungen in den Prozess einzubringen. So kritisierten viele Interviewpartner*innen der genannten Akteur*innen, dass sie auf die Rolle von »Zaungästen« beschränkt werden, die sich teils eigeninitiativ in Debatten und Veranstaltungen einbringen können, die aber bestenfalls peripher von den verantwortlichen Akteur*innen einbezogen werden. Für die Bürger*innen werden zwar vereinzelte Partizipationsformate angeboten. Diese simulieren jedoch eher Beteiligung und erzeugen nur ein »Stimmungsbild«, das für den realen Kurs der Strukturwandelpolitik unverbindlich bleibt.

Das demokratische Defizit zeigt sich besonders deutlich bei der Erstellung des regionalen Leitbildes für den sachsen-anhaltischen Teil der Region. Dort organisierte die Metropolregion 2019/2020 mehrere Zukunftswerkstätten (Innovationsregion Mitteldeutschland o.J.) und auch die sachsen-anhaltische Stabsstelle war inzwischen mit mehreren öffentlichen Veranstaltungen vor Ort. Doch eine Fortsetzung dieser ohnehin begrenzten Partizipationsangebote ist ungewiss. Vor allem haben die Anregungen aus der Bevölkerung kaum einen Einfluss auf die Leitbilder, die Metropolregion und sachsen-anhaltische Landesregierung jeweils Ende 2021 präsentieren wollen.

3.2 Praxis: politische Ökonomie und Projekte

Die dominante Akteur*innenkonstellation drückt sich in den politischen Programmen und Projekten – und damit der ökonomischen Praxis – des Strukturwandels in der Region aus. Dabei knüpft sie an die hergebrachten Strukturen der regionalen politischen Ökonomie an, die wesentlich noch

5 Das im Burgenlandkreis gelegene Kernrevier wird inzwischen deutlich besser von der sachsen-anhaltischen Regierung einbezogen.

von einer konventionellen kapitalistischen Naturbeherrschung geprägt sind. Diese schaffen Pfadabhängigkeiten und Interessen, die einen grundlegenden Wandel der Naturverhältnisse unwahrscheinlich machen. So gewinnt der Ansatz eines grünen Kapitalismus in der Kohleregion eine konkrete Gestalt und materialisiert sich in politischen Praxen, die die Naturverhältnisse in gesellschaftlicher wie räumlich-materieller Hinsicht umgestalten. Die Auswertung von Dokumenten und Interviews hat allerdings gezeigt, dass diese Transition widersprüchlich bleibt: Sie ist von einem Neben- und Miteinander traditioneller »grauer« und neuer »grüner« Strategien geprägt, das regional etablierte Konzerne, Forschungsinstitute sowie neue Start-Ups und Unternehmen in einem gebremsten und widerspruchsvollen Übergang zu einem grünen Kapitalismus zusammenbringt (Sander u.a. 2021).

In der Mitteldeutschen Region existieren bereits viele Projektvorhaben und -ideen. Bund, Land sowie Landkreise und kreisfreie Städte planen die Einrichtung innovativer Wissenschaftszentren, die Aufwertung beziehungsweise Neuerschließung von Gewerbe- und Industrieparks und von Innovationshubs für Forschung und Start-Ups. Ferner sollen digitale, touristische und verkehrliche Infrastrukturen ausgebaut werden – sowohl Straßen als auch öffentlicher Verkehr und Radwege (ebd.). Auf diese Weise soll der bisherige wirtschaftliche Komplex aus Kohle–Petrochemie–Auto–Fleisch fit für die Zukunft gemacht und ökologisch modernisiert werden. Konzerne, die bisher ein großes ökonomisches Gewicht in der Mitteldeutschen Region hatten, sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Das zeigt sich in den Strategien und Projekten in den bisherigen regionalen Leitbranchen.

So soll die Region zu einem Reallabor für ein smartes grünes Energiesystem werden, das die hergebrachten Schwerindustrien mit sicherer Energie versorgt, die ihrerseits die Produktionsprozesse energie- beziehungsweise ressourcensparender gestalten sollen. Ziel ist, die Betriebe der

»Braunkohlewirtschaft in zukunftsweisende Standorte für die Erzeugung von erneuerbaren Energien als Grundstein für eine nachhaltige Energieregion umzubauen und Möglichkeiten zur Modellierung der Sektorenkopplung von Industrie und Energiewirtschaft zu erforschen« (Deutscher Bundestag 2020b, Anlage 2).

So bestünden laut Modellrechnungen große Potenziale für Photovoltaik und Solarthermie auf ausgekohlten Tagebauflächen (IÖW u.a. 2018). Allerdings wird auch TOTAL SE weiterhin eine zentrale Rolle in der Region spielen. Der Öl- und (Petro-)Chemiekonzern deckt mit seiner Erdölraffinerie in Leuna den

Treibstoffbedarf von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Damit gehört er zu den größten CO₂-Emittenten in Ostdeutschland.

Eng verbunden mit der Kohlewirtschaft ist eine Reihe von Chemieunternehmen, die sich in mehreren Chemieparks konzentrieren. In Leuna haben Branchengrößen wie BASF, Shell, Bilfinger oder Domo Caproleuna wichtige Produktionsstätten. Seit 1995 kontrolliert der internationale Chemiekonzern Dow Chemical (heute Teil von DuPont de Nemours) den Chemiepark Schkopau, wo auch das gleichnamige Kohlekraftwerk angesiedelt ist. In einer zentralen Anlage für Erdölverarbeitung gewinnt der Konzern aus Rohöl verschiedene chemische Produkte (Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH o.J.). Gleichzeitig experimentieren vor allem im Chemie- und Industriepark Zeitz (Infra-Zeitz Servicegesellschaft mbH 2014) mittelständische Unternehmen mit Produkten und Verfahren einer »grünen Chemie«.

Überwiegend im sächsischen Teil der Region besteht ein starkes Autocluster. Dort produzieren VW, BMW, Porsche und zahlreiche Zulieferer Automobile. Die Branche soll im Strukturwandel weiter gestärkt und die Produktionsumstellung auf Elektroautos forciert werden (Blöcker 2020). Ferner gilt die Region mit dem Frachtflughafen Leipzig/Halle, dem DHL Hub Leipzig und expandierenden Amazon-Verteilzentren als wichtiges Logistik-Drehkreuz. Mit dem stark wachsenden E-Commerce soll diese Branche ebenfalls aufgewertet werden. Löhne und Arbeitsbedingungen sind dort jedoch sehr prekär. Ver.di und Amazon kämpfen seit Jahren um einen Tarifvertrag (Boewe/Schulten 2019).

Auch die Nahrungs- und Futtermittelwirtschaft hat eine große wirtschaftliche Bedeutung in der Region. Neben der Mitteldeutschen Erfrischungsgetränke GmbH & Co. KG und der Rotkäppchen-Mumm Sektkellereien GmbH ist die Tönnies Zerlegebetrieb GmbH dort aktiv. In der Fleischfirma arbeiten vor allem – teils illegalisierte – Vertragsarbeiter*innen aus dem Ausland. Der Schlachtbetrieb belastet nicht nur lokale Umwelt und Gewässer, sondern hat bisher auch eine enge Verbindung zur Kohlewirtschaft, indem er seine Klärschlämme in regionalen Kohlekraftwerken mitverbrennen lässt. Mit dem Strukturwandel soll nun die ansässige Agrar- und Ernährungsindustrie ökologisch modernisiert werden.

Große Hoffnungen ruhen auf der Bioökonomie als einer Querschnittsstrategie, die vor allem Chemie- und Agrarindustrie verbindet. Im regionalen »BioEconomy-Cluster« (BioEconomy Cluster e.V 2022), das seinen Sitz seit 2012 in Leuna hat, arbeiten zahlreiche Großkonzerne, Mittelständler und Forschungsinstitute an neuen Verfahren und Geschäftsmodellen, um die

Ressourcenbasis der Wirtschaft auf biogene Rohstoffe umzustellen. Ferner soll im Rahmen des 2013 gegründeten Verbundprojekts HYPOS (Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany e.V. 2022) eine konkurrenzfähige grüne Wasserstoffwirtschaft auf regionaler Ebene erprobt und entwickelt werden, die Energie-, Chemie- und Mobilitätsbranche zusammenbringt. In dieser Plattform kooperieren verschiedene Unternehmen und Forschungseinrichtungen – einschließlich TOTAL, DOW und EPH.

Trotz solcher Engagements spekuliert der Investor EPH darauf, die Braunkohlewirtschaft noch lange betreiben zu können. Ein Umstieg auf grüne Technologien ist nicht zu erkennen. Dabei setzt das Unternehmen auf eine riskante Doppelstrategie: Entweder scheitert die deutsche Energiewende noch politisch oder ökonomisch. Oder EPH transferiert seine Vermögenswerte in undurchsichtige Finanzmarktstrukturen und zieht sich kurzfristig aus dem Revier zurück, ohne dass der Investor politisch für die Folgelasten der Braunkohleindustrie ausreichend haftbar gemacht werden kann. Dann würde er eine ökologisch und finanziell stark belastete Region zurücklassen, auf deren nachhaltigem Wandel eine schwere Hypothek liegen würde (Greenpeace 2016; 2018).

4. Ausblick

In diesem Beitrag wurde gezeigt, wie um die Ausgestaltung von Kohleausstieg und Strukturwandel in einer traditionellen Bergbau- und Industrieregion wie der Mitteldeutschen Region gerungen wird. Dabei wurde deutlich, dass ein modernisiertes Akteur*innennetzwerk aus staatlichen Akteur*innen, etablierten fossilistischen Konzernen und neuen Unternehmen und Forschungseinrichtungen neuartige Governance-Strukturen mitgeschafft hat. Dieses Netzwerk setzt in den regionalen Leitbranchen und durch konkrete Strukturwandelprojekte einen widersprüchlichen Übergang von fossilistischen zu grün-kapitalistischen Naturverhältnissen in der Region durch.

Diese Transition ist deshalb widersprüchlich, weil sie erstens wesentlich von den etablierten fossilistischen Konzernen und einer teilweisen Persistenz ihrer klassischen Geschäftsmodelle bestimmt wird; weil sie zweitens demokratisch nur schwach legitimiert ist und verschiedene Akteur*innengruppen ausschließt und weil sie drittens Arbeitsplätze etwa in der automobilen Zulieferbranche zerstört, ohne dass adäquater Ersatz und neue soziale Sicherheiten geschaffen werden. Nicht zuletzt überwinden die grün-kapitalistischen

Naturverhältnisse nicht die kapitalistische Naturbeherrschung, sondern vertiefen und verfeinern sie eher. Sie basieren weiterhin auf einer hightech-, profit- und wachstumsorientierten Wirtschaftsweise. So bedürfen etwa Elektroautos und Wasserstoffproduktion enorme Mengen an Energie und Rohstoffen, die vor allem aus dem globalen Süden importiert werden sollen.

Dieser Ansatz einer grün-kapitalistischen regionalen Transformation trifft jedoch auf politischen Widerspruch. Auch wenn unabhängige und progressive zivilgesellschaftliche Kräfte im Mitteldeutschen Revier relativ schwach sind, hat sich auf der sächsischen Seite ein »Aktionskreis Strukturwandel Leipziger Land« gebildet. Dieses Graswurzelnetzwerk bemüht sich mit einem ländlichen Organizing, bisher ungehörten Ideen eine Stimme zu geben.

Diese Akteur*innen vertreten Elemente einer alternativen Regionalentwicklung, die mit dem vorherrschenden Verständnis von Strukturwandel bricht. Dieser Ansatz sozial-ökologischer Transformation orientiert sich an globaler und lokaler Gerechtigkeit und an den Vorstellungen der Menschen von einem guten Leben (Brand 2014). Er setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe und interregionale Kooperation; auf alternative Wirtschaftsformen und eine frei zugängliche, »konviviale« Technologieentwicklung sowie auf ein selektives Wachsen und Schrumpfen (De Angelis 2019).

Es geht darum, die gesamte Organisation von Leben und Arbeit zu verändern: Nicht mehr die männliche Industriearbeit, die Produkte schafft, sollte im Mittelpunkt stehen, sondern

»die Sorge um Menschen und Umwelt und [...] eine behutsame, nachhaltige Organisation der Energieversorgung und Landwirtschaft, des Wohnens und der Mobilität« (Sander u.a. 2020, 27).

Die Basis einer solchen feministischen Sorge-Ökonomie sind die Tätigkeiten und Infrastrukturen, die sich um die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen kümmern (Winker 2015).

Nicht zuletzt muss die Strukturwandelpolitik selbst demokratisiert werden. Das bedeutet, dass es substanzieller Mitspracherechte für einzelne Bürger*innen und organisierte Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft in den offiziellen Entscheidungsstrukturen bedarf. Darüber hinaus brauchen diese Akteur*innen Ressourcen, um sich eigene Räume organisieren und eigene Projekte umsetzen zu können (Troost 2019).

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Anguelovski, I. (2016): Environmental Justice. In: D'Alisa, G./Demaria, F./Kallis, G. (Hg.): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära. München: oekom, 74-79.
- Begrich, D. (2019): AfD: Die neue Macht im Osten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2019, 9-12.
- BioEconomy Cluster e.V (2022): BioEconomy Cluster. <https://www.bioeconomy.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Blöcker, A. (2020): Auf dem Sprung in die E-Mobilität? Transformationsdynamiken im Autoland Sachsen. In: Dörre, K./Holzschuh, M./Köster, J./Sittel, J. (Hg.): Abschied von Kohle und Atom? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. (= International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien 26) Frankfurt a.M., New York: Campus, 181-222.
- Boewe, J./Schulten, J. (2019): Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstands: Globale gewerkschaftliche Organisation im Onlinehandel. (= Analyse 57) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Brand, U. (2014): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: Kurswechsel 2/2014, 7-18.
- Coalexit (Hg.) (2019): Das Braunkohlerevier Leipziger Land. Aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Energiewende. Berlin: Coalexit.
- De Angelis, M. (2019): Omnia Sunt Communia: On the Commons and the Transformation to Postcapitalism. London: Zed Books.
- DEBRIV – Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. (2018): IW-Gutachten Folgenabschätzung Klimaschutzplan und Strukturwandel in den Braunkohleregionen. Berlin: DEBRIV.
- Deutscher Bundestag (2020a): Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz). Berlin: Bundesanzeiger.
- Deutscher Bundestag (2020b): Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. Berlin: Bundesanzeiger.
- Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH (o.J.): Dow in Mitteldeutschland. <https://de.dow.com/de-de/standorte/mitteldeutschland> (letzter Zugriff am 13.1.2022).
- Görg, C. (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Greenpeace (2016): Schwarzbuch EPH. Wie ein windiger Investor Politik und Wirtschaft zum Narren hält. Hamburg: Greenpeace e.V.
- Greenpeace (2018): Schwarzbuch Vattenfall-Leaks. In den Händen von Zockern. Hamburg: Greenpeace e.V.
- Hofmann, M. (1995): Die Kohlearbeiter von Espenhain: Zur Enttraditionalisierung eines ostdeutschen Arbeitermilieus. In: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln: Bund-Verlag, 91-135.
- Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany e.V. (2022): HYPOS. <https://www.hypos-eastgermany.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2019): Kurzstudie zur Beschäftigungsstruktur im Mitteldeutschen Revier. Nürnberg: IAB.
- Infra-Zeitz Servicegesellschaft mbH (2014): Chemie- und Industriepark Zeitz. <https://www.industriepark-zeitze.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Innovationsregion Mitteldeutschland (o.J.): Beteiligungsprozess. <https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/beteiligungsprozess> (letzter Zugriff am 13.1.2022).
- IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsforschung/Prognos/IFOK/Deutsche WindGuard/Solarpraxis Engineering/Becker Büttner Held GmbH (2018): Erneuerbare Energien-Vorhaben in den Tagebauregionen. Berlin: IÖW.
- Landesportal Sachsen-Anhalt (2022): Strukturwandel Sachsen-Anhalt. <https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Robbins, P. (2012): Political Ecology. A Critical Introduction. Hoboken: Wiley.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) (2019): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. (= Studien 4/2019) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Sander, H. (2016): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima. Berlin: Bertz&Fischer.
- Sander, H./Schüler, A./Siebenmorgen, B. (2021): Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier. Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen Transformation. (= Studien 5/2021) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Sander, H./Siebenmorgen, B./Becker, S. (2020): Kohleausstieg und Strukturwandel. Für eine sozial-ökologische Transformation im Rheinischen Revier. (= Studien 15/2020) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Tobaben, J.-H. (o.J.): Metropolregion Mitteldeutschland. <https://www.mitteldeutschland.com/de/metropolregion-mitteldeutschland/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).

- Tobaben, J.-H./Wölpert, R. (o.J.): Innovationsregion Mitteldeutschland. <https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Troost, A. (2019): Kohle-Ausstieg: Beteiligt die Reviere! In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2019, 41-44.
- Winker, G. (2015): Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Wissen, M. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Worch, D. (o.J.): Univations. <https://univations.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).

